

	<b>5. Mitzuentcheidende Genehmigungen</b>	<b>Org.-Einheit:</b> NDP <b>Name:</b> <b>Datum:</b> 2020-11-11 <b>Seite:</b> 1 von 3
<b>Projekt/Vorhaben:</b> <b>Ertüchtigung der 110-kV-Leitung Abzweig Erkner (HT2026), M58n bis 11E/17E</b>		

### 5.0.2 Erteilung einer wasserrechtlichen Genehmigung zur Errichtung der Masten Nr. 5E, 10E, 11E und 17E im Überschwemmungsgebiet

In festgesetzten Überschwemmungsgebieten gemäß § 78 Absatz 4 WHG ist die Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen nach den §§ 30, 33, 34 und 35 des Baugesetzbuches untersagt. Die Gesetzgeber stellt in Aussicht die Erlassung einer Genehmigung durch die zuständige Behörde für die Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen, wenn das Vorhaben

1. die Hochwasserrückhaltung nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt und der Verlust von verloren gehendem Rückhalteraum umfang-, funktions- und zeitgleich ausgeglichen wird,
2. den Wasserstand und den Abfluss bei Hochwasser nicht nachteilig verändert,
3. den bestehenden Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt und
4. hochwasserangepasst ausgeführt wird.

Durch die Baumaßnahme bzw. Trassenführung ist das festgesetzte Überschwemmungsgebiet der Unteren Spree (Bekanntmachung des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg vom 12.12.2016 im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 2 vom 18.01.2017) tangiert.

Die vorhandene bzw. bestehenden Hochwasserschutzmaßnahmen der Unteren Spree werden von der Baumaßnahme nicht beeinträchtigt, da diese vorwiegend im Flusslauf der Spree zu finden sind. Lediglich soll in mehreren Abschnitten des Gewässers einen schadloser Wasserabfluss gewährleistet werden. Dies umfasst einen Rückbau vorhandener Buhnen und Maßnahmen der Gewässerunterhaltung zur Sicherung und Verbesserung der Vorflut im Hochwasserfall. Es ist geplant das Einrichten einer Flutmulde (Öffnen des ehemaligen Altarms) rechtsseitig der Spree südlich von Freienbrink.

Da die zu ertüchtigenden Maste einen ausreichenden Abstand zum Flusslauf und Uferbereich der Unteren Spree ausweisen, werden die vorhandene und geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen durch das Bauvorhaben unberührt bleiben.

Da die betroffenen Maste Nr. 5E, 10E, 11E und 17E bereits bestehen und das Versetzen der Masten außerhalb des Überschwemmungsgebietes technisch nicht umsetzbar ist, ist der vorgesehene Eingriff im Überschwemmungsgebiet erforderlich. Die Ertüchtigung der Masten ist notwendig um die mittel- und langfristige Versorgungssicherheit zu gewährleisten und den aktuellen sowie zukünftigen Leistungsanforderungen gerecht zu werden.

Es ist geplant bei den betroffenen Masten Hochwasserfundamente einzusetzen. Die Ausführung erfolgt mit hoch gezogenen Fundamentkappen bis 1 m über Geländeoberkante (GOK). Es erfolgt lediglich eine Versiegelung von 2 bis 5 Quadratmetern je Maststandort.

Bei einer dauerhaften Rauminanspruchnahme durch die Mastfundamente sind Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser durch eine Veränderung des Retentionsvolumens und eine Beeinträchtigung des Hochwasserabflusses zu betrachten.

<b>e.dis</b>	<b>5. Mitzuentcheidende Genehmigungen</b>	<b>Org.-Einheit:</b> NDP
Projekt/Vorhaben: <b>Ertüchtigung der 110-kV-Leitung Abzweig Erkner (HT2026), M58n bis 11E/17E</b>		<b>Name:</b>  <b>Datum:</b> 2020-11-11  <b>Seite:</b> 2 von 3

Da die betroffenen Maste bereits bestehen und es sich lediglich um eine unerhebliche Vergrößerung der Fundamente und der Eckstielmaße handelt, ist der Verlust von Hochwasserrückhalteraum unwesentlich.

Die geplanten Hochwasserfundamente stellen kein maßgebliches Abflusshindernis dar, da die Eckstiele (bis zu 1 m ü. EOK) nur geringe Angriffsfläche bieten und mit dem vorhandenen Abstand zwischen den Eckstielen zueinander, wird die Festsetzung von Treibgut, wie totes Holz, verhindert. Eine mögliche Hochwassergefährdungslage wird bei der Planung und Durchführung der Baumaßnahmen beachtet.

Die Verschiebung des Maststandortes 17E mit ca. 12m in Leitungsachse in Richtung Mast 18E verursacht keine weiteren nachteiligen Veränderungen des Überschwemmungsgebietes, da das alte Fundament des Mastes zurückgebaut wird, um dem Abfluss an dieser Stelle einen freien Lauf zu ermöglichen. Hier soll auch noch erwähnt werden, dass durch den Rückbau der Maste Nr. 12E bis 16E weitere Flächen freigegeben werden.

Temporäre Beeinträchtigungen im Überschwemmungsgebiet können durch die temporären Flächen in der Bauphase vorkommen.

In Kapitel 6 kann eine detaillierte Beschreibung der temporären Flächen, wie Zuwegungen, Arbeitsflächen und Provisorien, entnommen werden. An dieser Stelle wird nur auf Angaben bzw. Informationen eingegangen, welche sich auf das festgesetzte Überschwemmungsgebiet auswirken könnten.

Die Zuwegungen zu den Maststandorten erfolgen überwiegend auf vorhandenen Wegen, damit die temporäre Flächeninanspruchnahme bei der Baumaßnahme auf einem Minimum gehalten werden kann. Die Erschließung erfolgt teilweise auch über landwirtschaftlichen Flächen, auf denen Baggermatten ausgelegt werden, um Flur- und Bodenschäden zu vermeiden.

Bei der Ertüchtigungsmaßnahme sind auch weitere temporäre Flächen, wie Arbeitsflächen und Provisorien, erforderlich. Die Errichtung der Provisorien erfolgt innerhalb der in den topografischen Baulageplänen dargestellten Arbeitsflächen. Einen temporärer Bodeneingriff erfolgt nur durch die Abankerung der Provisorien, welche eine Gesamtfläche von ca. 5x5 m aufweisen. Die Anker ragen ca. 2m tief in den Boden hinein.

Eine Beeinträchtigung des Überschwemmungsgebietes durch die Verlegung der Baggermatten und die Aufstellung der erforderlichen Provisorien kann aufgrund der temporären und kleinflächigen Inanspruchnahme verneint werden.

In den nachfolgenden Tabellen 1 und 2 sind die betroffenen Grundstücke aufgeführt.

Maststandort	Gemarkung	Flur	Flurstück	*Größe in m²
5E	Hartmannsdorf	8	81	15,7
10E	Hartmannsdorf	9	178	35,4
11E	Hartmannsdorf	9	152	15,7
17E	Neu-Zittau	5	93	35,4

Tab. 1 betroffene Grundstücke (dauerhaft – Mastfundament)

<b>e.dis</b>	<b>5. Mitzuentscheidende Genehmigungen</b>	<b>Org.-Einheit:</b> NDP
Projekt/Vorhaben: <b>Ertüchtigung der 110-kV-Leitung Abzweig Erkner (HT2026), M58n bis 11E/17E</b>		<b>Name:</b>  <b>Datum:</b> 2020-11-11 <b>Seite:</b> 3 von 3

Maststandort	Gemarkung	Flur	Flurstück	*Größe in m <sup>2</sup>	Art der Betroffenheit
M5E	Hartmannsdorf	8	61	119	Zuwegung
M5E	Hartmannsdorf	8	142	288	Zuwegung
M5E	Hartmannsdorf	8	144	288	Zuwegung
M5E	Hartmannsdorf	8	76	147	Zuwegung
M5E	Hartmannsdorf	8	81	2044	Arbeitsfläche/Zuwegung
M10E	Hartmannsdorf	9	165	440	Zuwegung
M10E	Hartmannsdorf	9	171	196	Zuwegung
M10E	Hartmannsdorf	9	172	83	Zuwegung
M10E	Hartmannsdorf	9	178	1653	Arbeitsfläche/Provisorium
M10E	Hartmannsdorf	9	173	4372	Arbeitsfläche/Provisorium
M11E	Hartmannsdorf	9	150	678	Zuwegung
M11E	Hartmannsdorf	9	151	136	Zuwegung
M11E	Hartmannsdorf	9	152	2302	Zuwegung/Arbeitsfläche
M11E	Hartmannsdorf	9	153	151	Arbeitsfläche
M11E	Hartmannsdorf	9	154	65	Arbeitsfläche
M17E	Neu-Zittau	5	400	310	Zuwegung
M17E	Neu-Zittau	5	402	278	Zuwegung
M17E	Neu-Zittau	5	92	209	Zuwegung/Arbeitsfläche Provisorium
M17E	Neu-Zittau	5	93	1727	Arbeitsfläche/Provisorium

Tab. 2 baubedingt betroffene Grundstücke

\* Die Spalte „Größe“ stellt die temporäre Inanspruchnahme der unbefestigten Flächen dar.

Die eben aufgeführten Punkte zeigen, dass durch die erforderliche Ertüchtigung der Masten kein nachteiliger Einfluss auf Wasserstand, Abfluss, Hochwasserrückhalteraum und den Hochwasserschutz zu erwarten ist. Durch die kleinräumige Erweiterung des Fundamentkörpers, dem ungehinderten Abfluss sowie der gleichbleibenden Spannungsebene ist mit keiner Beeinträchtigung des Umliegenden Gebiets zu rechnen.

Hier soll noch erwähnt werden, dass der Maststandort 4E in einem Hochwasserschutzrisikogebiet im Sinne des § 73 Abs. 1 Satz 1 WHG befindet. Die Vorgaben des § 78 b WHG werden durch den Bau eines Hochwasserfundamentes an dem Maststandort erfüllt.

Alle Genehmigungen, Befreiungen, Ausnahmegenehmigungen oder Zustimmungen bezüglich des Wasserhaushaltes, sind Gegenstand des Genehmigungsverfahrens und werden hiermit beantragt.